

2.2.9 Der Bundesstaat im 19. Jahrhundert

Innen- und aussenpolitisch beruhigte sich die Situation mit der Gründung des Bundesstaats. Durch die Verfassungsrevision von 1874 erlangte der Bund weitere Kompetenzen. Auch die direkte Demokratie wurde ausgebaut: 1874 mit dem fakultativen Gesetzesreferendum, 1891 mit der Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung. Ebenfalls 1891 nahm erstmals ein Vertreter der katholisch-konservativen Verlierer des Sonderbundskriegs Einsitz in der Landesregierung.

Der Bundesstaat mit seinen neuen Kompetenzen schuf günstige Voraussetzungen für die Entwicklung verschiedener Industrie- und Dienstleistungszweige (Eisenbahnbau, Maschinen- und Metallbau, Chemie, Nahrungsmittelindustrie und Bankwesen), die zu Eckpfeilern der Schweizer Wirtschaft wurden.

Trotz dem Wirtschaftsaufschwung war das 19. Jahrhundert für viele Menschen eine schwierige Zeit. Armut, Hunger und schlechte Arbeitsaussichten liessen viele Schweizer und Schweizerinnen auswandern, vor allem nach Nord- und Südamerika. In den industriellen Zentren entstand durch Zuwanderung aus ländlichen Gebieten und zusehends auch aus dem Ausland eine Arbeiterklasse, die oft in prekären Verhältnissen lebte.

Aussenpolitik

In den revolutionären Jahren um 1850 waren die Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich, das auch Norditalien beherrschte, sehr gespannt. Viele Italiener, die für ein vereintes, unabhängiges Italien kämpften (Risorgimento), benutzten das freisinnig regierte Tessin als Zufluchtsort. Sie fanden auch Rückhalt in der lokalen Bevölkerung, die teilweise als Freischärler mit ihnen in den Kampf zog oder für sie Waffen schmuggelte. Um einen Konflikt mit Österreich zu vermeiden, beschritt der Bundesrat die Hilfeleistungen der Tessiner, die mit der italienischen Sache sympathisierten und entsprechend empört waren.

1856 kam es beinahe zu einem Krieg mit Preussen, dessen König bis dahin auch Fürst von Neuenburg gewesen war. Nach einem gescheiterten Putschversuch von Neuenburger Monarchisten und der Mobilisierung von Truppen durch die Schweiz und Preussen konnte der Konflikt friedlich beigelegt werden. Die gefangenen Putschisten wurden freigelassen, und der preussische König verzichtete definitiv auf seine Herrschaftsrechte in Neuenburg (Neuenburgerhandel).

1860 wollten vor allem Genfer und radikale Kreise das 1815 neutralisierte Hochsavoyen für die Schweiz gewinnen, als Piemont-Sardinien das restliche Savoyen an Frankreich abtrat. Doch weder die Grossmächte noch die betroffene Bevölkerung traten in der Krise des „Savoyerhandels“ auf diese Ansprüche ein: In einem Plebiszit stimmten die Savoyarden dem Anschluss an Frankreich zu.

Gründung des Roten Kreuzes (1863)



Büste von Henry Dunant (1828-1910). © EDA, Präsenz Schweiz



Das Bourbaki-Panorama in Luzern illustriert eine der ersten Aktivitäten unter der Fahne des Roten Kreuzes: Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 werden nach der Niederlage der französischen Armee Verwundete transportiert und betreut. © Bourbaki Panorama Luzern

Im italienischen Einigungskrieg fand 1859 bei Solferino (Lombardei) eine Schlacht mit über 10 000 Toten statt. Der Genfer Kaufmann Henry Dunant sah das Schlachtfeld und half mit der lokalen Bevölkerung den Verletzten. 1863 regte er in Genf die Gründung eines Komitees an, das seit 1876 den Namen Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) trägt. Das IKRK ist zwar ein privater Verein, der ausschliesslich aus Schweizerinnen und Schweizern besteht, er wird aber zugleich völkerrechtlich als internationale Organisation anerkannt.

Dank Dunants Wirken verabschiedeten 1864 zwölf Staaten die erste Genfer Konvention „betreffend die Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen“, womit das humanitäre Völkerrecht begründet wurde. Der nach einem Konkurs verarmte Dunant erhielt 1901 den ersten Friedensnobelpreis.

Wirksam wurde das IKRK während des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71, als 87 000 Soldaten der besiegten französischen Ost-Armee General Bourbakis im Jura über die Grenze kamen und interniert wurden. Gleichzeitig gelang es in Strassburg einer Delegation des IKRK, mit Zustimmung der preussischen Befehlshaber viele alte Menschen, Frauen und Kinder aus der Stadt zu bringen, die unter ständigem Beschuss der deutschen Truppen stand.

Parteien und Verbände im 19. Jahrhundert

Der Bundesstaat von 1848 kannte noch keine festen Parteien. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts entwickelte sich allerdings auch in der Schweiz aus weltanschaulichen Lagern allmählich ein System von nationalen Parteien.

Der Grundkonflikt zwischen Konservativen und Liberalen ging auf die Helvetische Republik und die Restauration zurück. Die Konservativen wollten anfänglich die Privilegien und Ungleichheiten der ständischen Gesellschaft (Ancien Régime) teilweise wiederherstellen. Ab den 1830er-Jahren ging es den Konservativen beider Konfessionen vor allem darum, die Souveränität der Kantone sowie die Stellung von Kirche und Religion im Bildungswesen gegen den liberalen Rationalismus zu verteidigen. Nach 1848 bekämpften sie die von den Bundesbehörden und vor allem von den Radikalen angestrebte Zentralisierung.

Die Freisinnigen, wie sich Liberale und Radikale gemeinsam auch nannten, kämpften dagegen für einen starken nationalen Staat, den sie im Bundesstaat verwirklichten. Im Geist der Aufklärung forderten sie Rechtsgleichheit und bürgerliche Freiheiten. Während die gemässigten Liberalen eine repräsentative Regierung mit Zensuswahlrecht wünschten, traten die Radikalen im Sinn der Volkssouveränität für das allgemeine Wahlrecht ein. Die Liberalen befürworteten ein freies Unternehmertum ohne staatliche Interventionen. Die Radikalen waren hingegen der Ansicht, ein starker Staat sollte in die Wirtschaft eingreifen und auch durch Wohlfahrtspolitik auf die sozialen Probleme der Industrialisierung reagieren.

Aus der radikalen Bewegung gingen um 1860 die Demokraten hervor, die sich gegen die machtbewussten liberalen „Bundesbarone“ für die direkte Demokratie (Gesetzesreferendum und Volksinitiative) einsetzten. Ihrer Meinung nach sollte das Volk politisch das letzte Wort haben, nicht dessen gewählte Vertreter. Deshalb forderten die Demokraten die Volkswahl von Regierung, Richtern, Lehrern und Chefbeamten.

Die Arbeiterschaft war anfangs schlecht organisiert. Ihre Bedürfnisse wurden vor allem von den Radikalen wahrgenommen. Die Lebensverhältnisse in den neuen Industriezentren waren oft schwierig. Proteste und Streiks der Arbeiter, wie sie ab 1870 schnell zunahmten, wurden mit Aussperrungen und Polizeieinsätzen beantwortet. Zur Selbsthilfe der Arbeiterschaft diente ab 1838 der Grütliverein. Es folgten weitere Vereinigungen, die oft auch durch politische Flüchtlinge und eingewanderte Arbeiter aus Deutschland oder Italien getragen wurden.

1858 entstand die erste gesamtschweizerische Gewerkschaft, 1880 der Schweizerische Gewerkschaftsbund. Verschiedene Arbeitervereine und Gewerkschaften waren dabei, als 1888 nach deutschem Vorbild die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) gegründet wurde.

1894 entstand auch die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) auf nationaler Ebene. Sie umfasste einen Grossteil der liberalen und radikalen Bewegung. Nur in Basel-Stadt und in den drei reformierten Kantonen der Westschweiz (Neuenburg, Genf, Waadt) behauptete sich eine eigenständige Liberale Partei an ihrem rechten Flügel, in Ostschweizer Kantonen dagegen die Demokratische Partei am linken Flügel.

Die Konservativen konstituierten sich 1881 kurzzeitig als „Konservative Union“, dann 1894 als „Katholische Volkspartei“, die erst 1912 als „Konservative Volkspartei“ (KVP) wirklich gesamtschweizerisch wurde.

Die Bildung von nationalen Parteien hatte zwei Ursachen. Zum einen erforderte die direkte Demokratie (Unterschriften sammeln für Initiativen und Referenden, Abstimmungskampagnen) gesamtschweizerische Strukturen. Zum anderen entwickelte sich das schweizerische Verbandswesen ebenfalls auf nationaler Ebene und führte zu wirtschaftlich und politisch einflussreichen Parallelstrukturen neben der Bundesverwaltung: Schon vor dem Gewerkschaftsbund war 1870 der Schweizerische Handels- und Industrieverein („Vorort“, seit 2000 Economiesuisse) geschaffen worden, 1879 der Schweizerische Gewerbeverband und 1897 der Schweizerische Bauernverband.

Die neue Bundesverfassung von 1874

In verschiedenen Kantonen – insbesondere in Zürich, wo das wirtschaftsliberale System des mächtigen Alfred Escher gestürzt wurde – hatten die Demokraten erheblichen Erfolg. Deshalb bemühten sie sich bald, ihre Anliegen, etwa direktdemokratische Volksrechte und eine Fabrikgesetzgebung, auf Bundesebene einzuführen.

Auch unter den Radikalen und in Wirtschaftskreisen bestand der Wunsch, die Bundesverfassung zu revidieren. Das Armeewesen, dessen kantonale Strukturen während des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71 Mängel offenbart hatten, sollte ebenso Bundessache werden wie die für das wirtschaftliche Zusammenwachsen und Wachstum wesentlichen Teile des Rechts sowie das Schulwesen. Handels- und Gewerbefreiheit sollten uneingeschränkt gelten, auch für Juden, und alle Schweizer Bürger sollten in den Gemeinden und Kantonen den Kantonsbürgern gleichgestellt werden.

Nachdem ein erster Anlauf 1872 am Widerstand der Katholisch-Konservativen und der welschen Föderalisten gescheitert war, wurde die revidierte Bundesverfassung 1874 vom Volk angenommen. Diese Vorlage war nur leicht modifiziert, doch wurden im Zeichen des Kulturkampfes laizistische Massnahmen gegen die katholische Kirche aufgenommen (staatliches Zivilstandswesen, Genehmigungspflicht für Bistumsgründungen), welche die welschen Föderalisten ins Lager der Befürworter trieben.

Das fakultative Referendum wurde 1874 auf Bundesebene eingeführt. Es bot die Möglichkeit, über viele Beschlüsse des Parlaments eine Volksabstimmung zu verlangen und damit den Ausbau des Bundesstaates zu bremsen. Das Initiativrecht, das dem Volk die Kompetenz gab, Änderungen der Bundesverfassung zur Abstimmung zu bringen, folgte 1891 auf Anregung der Katholisch-Konservativen.

Landwirtschaft

In der Landwirtschaft kam es zu grossen Veränderungen, die u.a. zu einer effizienteren Bewirtschaftung des Bodens führten. Die Aufteilung und Privatisierung der Allmende wurde abgeschlossen. Der Boden wurde frei verfügbar und konnte vom Eigentümer ohne feudale Verpflichtungen oder Rücksicht auf das Dorfkollektiv genutzt werden, um für einen wachsenden Markt zu produzieren.

Der Bau der Eisenbahnen hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch Folgen für die Landwirtschaft: Getreide konnte nun billig importiert werden, weshalb die Bauern vermehrt auf die lukrativere Milchwirtschaft umstellten. Viele Landarbeiter mussten eine neue Beschäftigung suchen und wanderten entweder in die Industriezentren oder ins Ausland aus.

Während um 1850 noch rund 60% der Bevölkerung im landwirtschaftlichen Bereich arbeiteten, sank dieser Anteil bis 1888 auf 36% und bis 1914 auf 25%.

Die Anfänge der Industrialisierung



Im November 1832 brannten Heimarbeiter, die um ihre Arbeit fürchteten, die neue Fabrik von Corrodi & Pfister in Uster nieder. Viele Heimarbeiter waren verschuldet, da sie viel Geld in die Beschaffung von Webstühlen investiert hatten. © Zentralbibliothek Zürich

Die Schweiz war dank der arbeitsteiligen Heimarbeit um 1800 im internationalen Vergleich auf dem Weg zur Industrialisierung weit vorangeschritten und nahm in der Baumwollverarbeitung hinter England den zweiten Rang ein. Maschinen wurden aber erst im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts gebräuchlich.

Die Baumwollindustrie war einer der ersten Zweige, in dem Maschinen zum Einsatz kamen. 1801 nahm die erste mechanische Spinnerei ihren Betrieb auf, gleichzeitig wurden in der Ostschweiz und andernorts die ersten Spinnmaschinen eingesetzt. Mechanische Webstühle wurden um 1830 üblich, führten aber auch zu Widerstand wie beim Maschinensturm von Uster 1832, weil die Mechanisierung Arbeitsplätze vernichtete. Da die zusehends aufwendigeren Maschinen der Textilindustrie mit Wasserkraft angetrieben wurden, entstanden Fabriken anfangs vor allem im wasserreichen Voralpen- und Hügelland, etwa im Glarnerland und im Zürcher Oberland.

Die Industrialisierung der Textilindustrie und das Knowhow der Uhrmacher förderten die Entwicklung der Maschinen- und Metallindustrie (Escher Wyss, von Roll, Sulzer), die ab den 1830er-Jahren mechanische Webstühle und Dampfmaschinen herstellte.

Eisenbahnbau

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Strassen erheblich ausgebaut. Viele Alpenpässe waren nun auch mit Kutschen zu überwinden, was den alpenquerenden Personen- und Warenverkehr begünstigte. Den grössten Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung hatte jedoch die Eisenbahn. In der Schweiz wurde vergleichsweise spät, 1847, die erste Bahnlinie eröffnet. Erst der Bundesstaat ermöglichte gesamtschweizerische Planungen, während die schnell wachsende Metall- und Maschinenindustrie die benötigten Materialien zur Verfügung stellte.

Stark umstritten war im jungen Bundesstaat die Frage, ob der Staat oder private Unternehmen den Eisenbahnbau durchführen sollten. Die Befürworter der Privatbahn setzten sich 1852 im Parlament durch. Ihr Hauptvertreter war der Zürcher Nationalrat Alfred Escher (1819–1882). Als Begründer der Nordostbahn mit dem Zentrum Zürich und als treibende Kraft hinter der Gotthardlinie und dem 1882 eröffneten Gotthardtunnel bekam er den Beinamen "Eisenbahnkönig". Escher gründete 1856 ausserdem die erste Schweizer Grossbank, die Schweizerische Kreditanstalt, welche eine Schlüsselrolle in der Finanzierung des Eisenbahnbaus spielte. 1857 gründete Escher auch die Schweizerische Rentenanstalt.

Das Schienennetz wuchs zwischen 1854 und 1864 von 38 km auf 1300 km und erreichte 1900 3789 km (2007: 5107 km).

Trotz der wichtigen Rolle, welche die Eisenbahn bald einmal spielte, gerieten die verschiedenen Privatbahngesellschaften, die sich konkurrenzten und wenig koordinierten, zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten. In der Folge kaufte der Bund nach der Volksabstimmung von 1898 die fünf grossen Gesellschaften auf und bildete daraus 1902 die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB).

Neue Branchen



Henri Nestlé (1814-1890). © Chocosuisse

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich in der Schweiz neue Branchen, oft aus bestehenden Industrien. Die Nachfrage nach Färbemitteln für Textilien förderte die chemische Industrie, die sich an Fliessgewässern (Basel) niederliess und ihrerseits die Intensivierung der Landwirtschaft (mit Kunstdünger) sowie die Entwicklung der Papierindustrie (mit Zellulose und Bindemitteln) begünstigte.

Während der Industrialisierung spielte die Nahrungsmittelindustrie eine immer wichtigere Rolle: Da viele Frauen in Fabriken arbeiteten und kaum Zeit hatten, aufwendige Mahlzeiten zuzubereiten, stieg die Nachfrage nach vorgefertigten Produkten. Die heutige Weltfirma 'Nestlé' wurde vom ausgewanderten deutschen

Apotheker Henri Nestlé 1866 in Vevey gegründet. 1867 entwickelte Nestlé aus Mehl und Milch einen Muttermilchersatz, welcher der Firma zum Erfolg verhalf. Die Firma Maggi (heute ein Teil von Nestlé) wurde 1880 von Julius Maggi – dem Sohn italienischer Immigranten – gegründet. Bekannt wurde das Unternehmen vor allem mit seinen Instant-Suppen aus Erbsen, Bohnen und Linsen.

Arbeitsbedingungen in den Fabriken

Die Realeinkommen verdoppelten sich in der Industrie von 1840 bis 1900, wobei der Anteil für Grundbedürfnisse wie Ernährung und Miete spürbar zurückging. Doch dafür bezahlten viele Arbeiterinnen und Arbeiter einen hohen Preis: Die Arbeitstage waren sehr lang, die Fabriken lärmig, stinkend und gefährlich, die Wohnverhältnisse und die Hygiene in vielen städtischen Arbeiterquartieren erbärmlich. Kinderarbeit war weit verbreitet.

Im Zug der demokratischen Bewegung erliessen einige Kantone, als Pionier der Kanton Glarus, Gesetze, welche die maximale Arbeitszeit festlegten. Gegen die Proteste der Fabrikbesitzer wurde 1877 das erste nationale Fabrikgesetz gutgeheissen, das die wöchentliche Arbeitszeit auf 65 Stunden beschränkte. Es gab auch Fabrikanten, die sich als Patrons für das Wohl ihrer Arbeiterinnen und Arbeiter verantwortlich fühlten. Sie schufen Wohnungen, Kantinen und Krankenversicherungen für ihre Angestellten.

Tourismus

Die Entwicklung des Tourismus war eng mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes verknüpft, das ausländische Gäste zu den Sehenswürdigkeiten des Landes lockte. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts besuchten jährlich bereits rund 350 000 ausländische – vorwiegend britische – Touristen die Schweiz. Ihnen ist auch die Entwicklung der Sommer- und Wintersportorte zu verdanken.

Die meisten Menschen konnten sich keine Auslandsreisen leisten. Doch neben Adel und Grossbürgertum begannen allmählich auch Angehörige der gehobenen Mittelschicht zu reisen, zumindest im Inland.

Das Bankenwesen



Reproduktion des "Holzfällers" (Gemälde von Ferdinand Hodler) auf der Rückseite der 50-Franken-Banknote von 1911. © Schweizerische Nationalbank

Die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts führten zum Aufschwung des Bankensystems in der Schweiz. Bis dahin hatten wenige Privatbanken für die Bedürfnisse der städtischen Patrizier und Kaufleute ausgereicht.

Der Bau des Eisenbahn- und später des Elektrizitätsnetzes sowie die allgemeine industrielle Expansion benötigten grosse Investitionen. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden Handels- und Geschäftsbanken wie die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) und der Schweizerische Bankverein (SBV), welche ihr Kapital von privaten Aktionären erhielten und so in der Lage waren, wirtschaftliche Projekte zu unterstützen.

Da die grossen Geschäftsbanken nicht an der Verwaltung kleiner Summen interessiert waren, entstanden für die Handwerker und Bauern Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Damit auch kleinere und mittelständische Unternehmen zu Kapital gelangen konnten, förderte die demokratische Bewegung die Gründung zahlreicher Kantonalbanken.

Die Schweizerische Nationalbank wurde 1907 gegründet. Sie allein hat das Recht zur Ausgabe von Banknoten und führt die Geld- und Währungspolitik im Interesse des Landes.

Bildung



Die 1875 gebaute Dorfschule in Les Cullayes, Kanton Waadt. © EDA, Präsenz Schweiz

Die Aufklärer und später die Liberalen setzten sich für die öffentliche Schule ein. Bildung war für sie einerseits eine Voraussetzung verantwortungsbewusster politischer Mitbestimmung, andererseits vermittelte sie die Kompetenzen, die in einer immer stärker spezialisierten und marktorientierten Wirtschaft nötig waren.

Die meisten Gemeinden unterhielten bereits im 18. Jahrhundert Primarschulen. Gegen die obligatorische Staatsschule wehrten sich Eltern und Unternehmer, welche die Kinder lieber bei der Arbeit als in der Schule sahen. Aber auch viele protestantische und katholische Geistliche lehnten sie ab, weil sie der weltlichen Ausbildung misstrauten.

Mit der Verfassung von 1874 wurden die Kantone verpflichtet, Schulunterricht öffentlich und unentgeltlich anzubieten und die Aufsicht darüber wahrzunehmen. Versuche, ein national einheitliches Schulsystem zu errichten, scheiterten an föderalistischen Widerständen, so 1882 in der Volksabstimmung gegen den „Schulvogt“.

Auch bei der höheren Bildung kam es zu Konflikten, nachdem die Verfassung von 1848 den Bund zur Gründung von Hochschulen ermächtigt hatte. Die Radikalen wollten eine nationale Universität gründen, welche u.a. das Nationalbewusstsein fördern sollte, stiessen aber auf Widerstand: Die Konservativen verwarfen die Idee als zentralistisches Mittel liberaler Indoktrination, die Welschen befürchteten, dass die französische Sprache an einer solchen Universität zu kurz kommen würde, und in den bisherigen Hochschulkantonen kam Konkurrenzangst auf. Als lange Zeit einzige Hochschule des Bundes wurde 1855 das Eidgenössische Polytechnikum in Zürich errichtet, die heutige Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETHZ). Erst 1969 folgte mit der Übernahme der vom Kanton Waadt geführten Technischen Hochschule die Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) als zweite Hochschule des Bundes.

Auswanderung



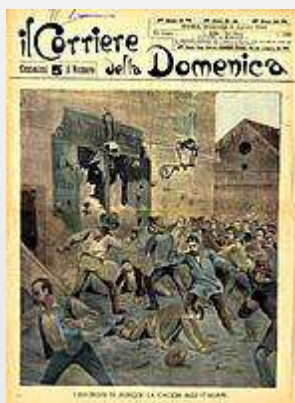
Auswanderer mit Reiseziel Amerika in Le Havre. © Universitätsbibliothek Basel, Illustr. 1.11.1884

Das Bevölkerungswachstum, fehlende Verdienstmöglichkeiten, Hungersnöte sowie Wirtschaftskrisen zwangen im 19. Jahrhundert viele Schweizerinnen und Schweizer zur Emigration. Es gab drei Hauptwellen der Auswanderung: 1816-1817, 1845-1855 und 1880-1885. Die Ausgewanderten liessen sich auf allen Kontinenten nieder, die meisten wählten jedoch Nordamerika als neue Heimat.

Oft wanderten Personen aus der gleichen Gemeinde oder dem gleichen Kanton gemeinsam aus. Sie gründeten manchmal Siedlungen, die den Namen ihres Heimatorts erhielten, so 1845 New Glarus in Wisconsin.

Nicht alle verliessen ihre Heimat aus Not: Manche, etwa Käseproduzenten, wurden wegen ihren besonderen fachlichen Qualifikationen vom Ausland eingeladen, andere wanderten aus Neugier und Unternehmungslust aus.

Einwanderung



Die Einwanderung führte zu Konflikten: Der „Italienerkrawall“ von 1896 zwischen italienischen Immigranten und Einheimischen in Zürich. Darstellung im "Corriere della Domenica" vom 9. August 1896. © Schweizerisches Bundesarchiv Bern

Bis 1888 war die Schweiz trotz wachsender Einwanderung ein Auswanderungsland. Dann wurden erstmals mehr einwandernde als auswandernde Personen verzeichnet, was den wirtschaftlichen Aufschwung widerspiegelte.

Zuvor waren oft auch politische Flüchtlinge in die Schweiz gelangt. Eine solche Fluchtbewegung fand um 1830 statt, nachdem die Revolutionsbewegungen in den Nachbarländern niedergeschlagen worden waren und Flüchtlinge wie Giuseppe Mazzini in die Schweiz kamen. Dasselbe wiederholte sich 1848, nachdem die Märzrevolutionen gescheitert waren. In diesen Jahren fanden manche Flüchtlinge, vor allem aus Deutschland, eine Anstellung etwa als Lehrer. Viele Lehrstühle der 1833 gegründeten Zürcher Universität wurden von liberalen deutschen Flüchtlingen besetzt.

Voraussetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs war auch das Fachwissen von ausländischen Pionieren, welche das liberale Wirtschaftssystem in die Schweiz lockte. So wurde die Brown Boveri & Cie. (BBC, heute Teil der ABB) in Baden vom Engländer Charles Brown und dem Deutschen Walter Boveri gegründet.

Viele weitere Immigranten arbeiteten für die grossen Projekte wie den Bau des 1882 eröffneten Eisenbahntunnels durch den Gotthard. Diese Bauarbeiten forderten unter den vorwiegend italienischen Arbeitern 300 Tote und 900 Schwerverletzte.

Ausser Italienern wanderten Ende des 19. Jahrhunderts vor allem Deutsche in die Industriezentren ein, wo der ausländische Bevölkerungsteil bis zu 40% betrug. Klagen wegen „Überfremdung“ wurden laut. In den 1890er-Jahren kam es im Berner Käfigturmkrawall und im Zürcher Italienerkrawall zu Ausschreitungen gegen ausländische Arbeiter.

"Ausserdem ist es schrecklich, wie es in Zürich von Gelehrten und Literaten wimmelt und man hört fast mehr hochdeutsch, französisch u. italienisch sprechen, als unser altes Schweizerdeutsch, was früher gar nicht so gewesen ist. Doch lassen wir uns nicht unterkriegen; bereits hat mit den ersten Frühlingstagen das nationale Festleben wieder begonnen und wird bis zum Herbst sein Wesen treiben."

Gottfried Keller (1819-90), Briefwechsel, Keller an Ludmilla Assing in Berlin, 21.4.1856

Aussenseiter



Therese Duardt, eine von 200 Heimatlosen, die Carl Durheim zwischen 1852 und 1853 für ein zentrales Polizeiregister fotografierte. © Carl Durheim

Obschon bereits die Helvetische Republik von 1798 die bürgerliche Gleichheit verfügt hatte, gab es auch im 19. Jahrhundert noch gesellschaftliche Gruppen, die nur eingeschränkte politische Rechte besaßen und sozial geächtet waren.

Juden

Die Juden waren im christlichen Europa von jeher benachteiligt und wiederholt Opfer von Verfolgungen, auch auf dem Gebiet der Eidgenossenschaft. So wurden sie nach der Pest in der Mitte des 14. Jahrhunderts als angebliche Brunnenvergifter pogromartig verfolgt, ermordet, zur Konversion gezwungen oder vertrieben. Vor 1798 wurden Juden bloss in den zwei Orten Lengnau und Endingen (Gemeine Herrschaft Baden, heute Kanton Aargau) geduldet.

Obwohl die Revolutionäre 1791 den Juden in Frankreich bürgerliche Gleichheit gewährten, rang sich weder die Helvetische Republik noch die Eidgenossenschaft zwischen 1803 und 1848 zu dieser Massnahme durch. Schweizer Juden und Jüdinnen wurden weiterhin als Landesfremde betrachtet. Auch die Bundesverfassung von 1848 verweigerte ihnen die Niederlassungs-, Gewerbe- und Kulturfreiheit. Erst auf ausländischen Druck, vor allem aus Frankreich, erhielten die Juden 1866 und endgültig in der revidierten Bundesverfassung von 1874 die uneingeschränkten Bürgerrechte.

Heimatlose

Das Staatsbürgerrecht der Schweiz leitet sich vom Gemeindebürgerrecht her. Die Gemeinden waren lange Zeit allein für ihre Armen zuständig. Wer nicht Bürger oder Bürgerin einer Gemeinde war, lebte heimatlos am Rand der Dorfgemeinschaft oder musste durchs Land vagabundieren.

Gründe für den Verlust des Bürgerrechts gab es viele: Vernachlässigung der Kinder, unmoralisches Leben (z.B. wilde Ehe), Desertion aus der Armee, abweichende politische oder religiöse Ansichten, Zugehörigkeit zur Gruppe der Fahrenden.

1850 erliess der Bund ein Gesetz, das zur Beseitigung der Landstreicherei allen Heimatlosen ein Gemeindebürgerrecht verlieh. Die Ankündigung des neuen Gesetzes führte dazu, dass viele Gemeinden versuchten, noch vor Inkrafttreten des Gesetzes möglichst viele Heimatlose von ihrem Gebiet zu vertreiben. Auf diese Weise wollten sie die Unterstützungspflicht gegenüber den neuen Bürgern und Bürgerinnen umgehen.

Der bürgerliche Schulterchluss (1891)

Im Kulturkampf stiessen der liberale Bundesstaat und einige Kantone wie Bern und Genf mit der katholischen Kirche zusammen, nachdem das 1. Vatikanische Konzil das Unfehlbarkeitsdogma verkündet hatte. Dabei ging es vor allem um die Kontrolle des Schulwesens und die Autonomie der Kirche, letztlich aber um einen Kampf zwischen Staat und Kirche um die Loyalität der katholischen Bürgerinnen und Bürger, welche die Liberalen in Gefahr sahen.

Als der Kulturkampf mit Kompromissen beigelegt war, verblieben die Katholisch-Konservativen gegenüber den Liberalen in einer Abwehrhaltung. Auf Bundesebene war ihr Einfluss anfänglich klein, aber in den früheren Sonderbundskantonen dominierten sie. In anderen Kantonen gewannen die Katholisch-Konservativen sie an Bedeutung, zumal sie sich in den reformierten Industriezentren für die sozialen Anliegen von zugewanderten katholischen Arbeiterinnen und Arbeitern einsetzten.

In ihrer föderalistischen Grundhaltung konnten die Katholisch-Konservativen oft eine Allianz mit den sprachlichen Minderheiten bauen, und mit den Mitteln der direkten Demokratie gelang es ihnen ab 1874 wiederholt, den freisinnigen Gesetzgebungsmechanismus zu blockieren. Auch deshalb wurde 1891 erstmals ein Bundesrat aus ihren Reihen gewählt, der Luzerner Joseph Zemp.

Mit der Einbindung der Katholisch-Konservativen in die bisher nur aus reformierten und einigen katholischen Freisinnigen zusammengesetzte Landesregierung entstand der sogenannte Bürgerblock, der sich in den folgenden Jahrzehnten gegen die aufsteigende Sozialdemokratie richtete. Im Sinn einer nationalen Freiheitsideologie wurde 1891 erstmals der 1. August 1291 als angeblicher Tag der Bundesgründung gefeiert. In diesem Geschichtsbild nahmen die katholisch-konservativen Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden einen prominenten Platz ein, was zur Überwindung der Isolation der Katholisch-Konservativen beitrug.